

AHV-Entscheid der Regierung tritt Corporate-Governance-Debatte los

Umstritten Im Oktober-Landtag werden sich die Abgeordneten einmal mehr damit befassen, wie stark sich die Politik in die Führung öffentlicher Unternehmen einmischen darf und soll. Anlass dafür sind die jüngsten Entwicklungen in der Causa PVS.

VON MICHAEL BENVENUTI

Das Signal war verheerend: Ausgerechnet die AHV, Spezialist in der Altersvorsorge, kündigte den PVS-Anschluss. Dass sich die AHV zu diesem Schritt entschlossen hat, obwohl ihr von der Regierung ein Verbleib bei der PVS verordnet wurde, machte das Vorgehen noch pikanter. Die Reaktion der Regierung fiel daher - verständlicherweise - ungehört scharf aus: «Aus Sicht der Regierung sind Sonderlösungen einzelner Anschlüsse auf Kosten der Steuerzahler inakzeptabel. Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit.» Gleichzeitig kündigte die Regierung an, die Eignerstrategien staatlicher und staatsnaher Institutionen dahingehend anzupassen, dass ein PVS-Austritt nicht mehr möglich sein soll.

Thema der Aktuellen Stunde

Einmal mehr rückt damit das Gesetz über die Führung öffentlicher Unternehmen (Corporate Governance) in den Mittelpunkt und damit die Frage, inwieweit sich die Politik in die Belange von Staatsbetrieben einmischen darf und soll. Das bestätigt auch eine «Volksblatt»-Umfrage unter den Landtagsfraktionen zum Vorgehen von AHV und Regierung. Die von der Regierung geplante PVS-Zwangsverpflichtung öffentlicher Unternehmen bringe zwar den Vorteil mit sich, «dass diese Betriebe in ihren Sozialleistungen vergleichbar bleiben», erklärt FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend: «Ein Nachteil wiederum ist, dass die Unternehmen aufgrund eines Corporate-Governance-Mittels zu einer Sozialleistung «gezwungen» werden.» Der PVS-Austritt staatsnaher Unternehmen sowie Gemeinden wird übrigens im Oktober-Landtag - auf Antrag der FBP - Thema der Aktuellen Stunde.



Auf Vorschlag der FBP wird sich der Landtag im Oktober in der Aktuellen Stunde mit dem Thema «Austritt der staatsnahen Unternehmen sowie Gemeinden aus der staatlichen Pensionskasse» befassen.

(Foto: Zanghellini)

Uneingeschränkte Rückendeckung für die geplante Änderung der Eignerstrategien erhält die Regierung von der Freien Liste. Dieses Vorgehen sei gerechtfertigt, schreibt FL-Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze. Es sei grundsätzlich zu hinterfragen, «ob es möglich sein soll oder kann, dass Staatsbetriebe aus der PVS austreten können». Sollte die AHV dennoch austreten dürfen, müsste sie zumindest alle Verbindlichkeiten begleichen, fordert Konzett Bargetze. Denn: «Die Angestellten der Staatsbetriebe sind ebenfalls als Landesangestellte zu sehen. Der Kasse darf durch einen Ausstieg kein Nachteil entstehen.»

Die FL-Fraktionssprecherin kann der Kündigung der AHV aber auch Positives abgewinnen: «Die Ausstiegsintention zeigt schön, dass das vom Landtag verabschiedete Sanierungspaket zur PVS keine Luxusleistungen anbietet. Sonst würden die

Gemeinden oder die AHV nicht mit anderen Kassen liebäugeln, wo sie anscheinend für das gleiche Geld die besseren Leistungen bekommen.»

Für VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser würde ein allfälliger Ausstieg eines Staatsunternehmens aus der PVS ein fatales Signal darstellen. Wie Christine Wohlwend sieht aber auch er die geplante Zwangsverpflichtung durchaus kritisch: «Das Ganze

riecht ziemlich nach Juristenfutter und es wird sich einmal mehr vieles um die Frage drehen, in welchem Masse der Staat als Eigentümer in die Tätigkeit seiner Unternehmen eingreifen soll oder darf.»

DU kritisiert Regierung scharf

Gewohnt markig kommentiert DUChef Harry Quaderer die jüngsten Entwicklungen in der Causa PVS. Den Schwarzen Peter schiebt er der Regierung zu: «Sie hätte vorab mit den angeschlossenen Betrieben ver-

handeln müssen, ob sie mit der vorgeschlagenen Lösung leben könnten oder nicht. Dann hätte dieser Schlammel wohl vermieden werden können.» Es sei ein Armutszeugnis für die Regierung, dass die Bevölkerung nun auf diese Weise erfahren müsse, dass die angeschlossenen Betriebe mit der verabschiedeten Lösung nicht glücklich seien.

Quaderer attestiert der Regierung ausserdem fehlende Glaubwürdigkeit und verweist auf die abgelehnte Forderung der Unabhängigen, die Beteiligungsstrategie der Landesbank zu revidieren. «Diesen Antrag hat die Regierung in einer zehnteiligen Abhandlung abgefertigt und darauf hingewiesen, dass sich die Politik weder auf strategischer noch operativer Geschäftsebene einzumischen habe.» In der Causa AHV fordere die Regierung nun das genaue Gegenteil, kritisiert Quaderer und fragt: «Wie argumentiert die Regierung jetzt bei der AHV? Liegt es nicht im Ermessen der AHV oder anderer Staatsunternehmen, sich für eine andere Pensionsversicherung zu entscheiden?»

«Die Ausstiegsintention zeigt schön, dass das PVS-Sanierungspaket keine Luxusleistungen anbietet.»

HELEN KONZETT BARGETZE
FL-FRAKTIONSSPRECHERIN